

**Gesetzliche Pflicht**  
nach Art. 17 des Grundgesetzes  
für den Wahlkreis Halle a. S.

**Wahlzettel**  
nach Art. 17 des Grundgesetzes  
für den Wahlkreis Halle a. S.

**Die Kreisliste**  
(Wahlzettel)

**Wahlzettel**  
nach Art. 17 des Grundgesetzes  
für den Wahlkreis Halle a. S.

# Wahlzettel

**Wahlzettel**  
nach Art. 17 des Grundgesetzes  
für den Wahlkreis Halle a. S.

**Wahlzettel**  
nach Art. 17 des Grundgesetzes  
für den Wahlkreis Halle a. S.

**Wahlzettel**  
nach Art. 17 des Grundgesetzes  
für den Wahlkreis Halle a. S.

## Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebnerwerda, Sangerhausen-Erkartsberga und die Mansfelder Kreise.

Haupt-Geschäftsstelle: Herz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. o. Schriftleitung: Herz 42/43. Sprachstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

### Preußenschmach.

Das Preußenvolk ist das realste unter allen zivilisierten Völkern. Durch sein Dreiklassenwahlrecht sind 85 Pro. des Volkes in Gesetzgebung — ganz abgesehen von Verwaltung — völlig reallos und vollkommen aus der Bestimmung des politischen Willens ausgeschlossen. Die Aufhebung gegen diese unerbittliche Schmach wird aber als „Wahlreform“ Preußens gebanzmarkt, wie die letzten Vorgänge im Reichstageshaus und der Auszug der Regierung im Reichstageshaus. Des Volkes aber wird nicht eher mit „Wahlreformen“ Preußens zufrieden, als es das gleiche Wahlrecht erobert hat.

Nun setzen am heutigen Montag im Reichstageshaus die Wahlreform-Anträge der Freisinnigen zur Verhandlung und die Öffentlichkeit muß gespannt sein, welche Schmach die wieder aufgeführt werden wird. Vielleicht dreht und dreißelt man alles wieder so, daß überhaupt nichts herauskommt. Eine Mehrheit für allgemeine, gleiches Wahlrecht mit gegebenem und direktem Stimmabgabe ist nicht zu erzielen, weil die Nationalliberalen erbitterte Feinde des gleichen Wahlrechts sind. Diese großkapitalistischen Herrschaften wollen ein Plutokratie, das den großen Geldtöten mehrere Stimmen zuweist. Die Freisinnigen haben dem Rechnung getragen und einen zweiten Antrag eingebracht, der zuvor nicht die Gleichheit des Wahlrechts, aber die geheime und direkte Stimmabgabe verlangt. Für diesen Antrag müssen neben Sozialdemokraten und Freisinnigen auch das Zentrum und die Nationalliberalen stimmen, falls sie ihre Worte nicht glattweg verleugnen wollen. Würde ein solcher Antrag angenommen, so müßte die Regierung eine Reform einbringen, die wenigstens die indirekte und öffentliche Stimmabgabe aufhebt. Aber ob sie das tun wird, ist noch sehr zweifelhaft.

Am nächsten Jahre sind Neuwahlen. Alle Kräfte der Reaktion treten dahin, die Neuwahlen unter dem alten Schmachvollen Dreiklassenwahlrecht mit indirektem Wahl und öffentlicher Stimmabgabe stattfinden zu lassen. Gegen diese Schmach muß sich das Volk energig äußern. Eine solche Zustimmung ist in Wahrheit die unerlöste und eine wirkliche Wahlreform Preußens, gegen die alle Mittel der Aemter gelten. Die Sozialdemokratie braucht trotz öffentlicher Stimmabgabe und unerbittertem Terrorismus bei den letzten Wahlen 600 000 Stimmen auf, erzielt aber nur 6 Mandate. Die freisinnig-conservative Partei a. S. die noch nicht einmal 60 000 Wähler zählte, bekam 60 Abgeordnete. Ist der Hohn dieser „Volksvertretung“ noch zu überbieten?

Die preußische Wahlrechtschmach ist ja so unangeheuerlich, so aufpeinigend für jeden Menschen mit fünf gesunden Sinnen, daß sich aus der Furcht vor der preußischen Wahlrechtsbewegung ohne weiteres auch die tollsten Parteifinanden der sich bedroht fühlenden privilegierten und Schwachen erklären. Denn welche schamlose Schmach fürchten am 27. Juni des vorigen Jahres beispielsweise die Konservativen auf. An diesem Tage hand ein Antrag zur Veränderung, der erstens das gleiche Wahlrecht und zweitens eine gleichmäßige Neueinteilung der Wahlkreise unter Zugrundelegung der letzten Volkszählung forderte. Es war vorzusehen, daß sich das alte Gesellschaf wiederholen, das nämlich das Zentrum für das gleiche Wahlrecht stimmen werde, weil es ja sicher war, daß dieser Teil des Antrages durch die Nationalliberalen doch zu Fall gebracht werden würde. So kam es denn auch wirklich, aber vorher leisteten sich die Konservativen noch einen besonderen Zug. Als nämlich die Nationalliberalen verlangten, daß aus dem besondern zur Abstimmung gelangenden ersten Teil des Antrages, der das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht forderte, die Forderung des gleichen Wahlrechts gestrichen werde, stimmten die Konservativen gemeinsam mit Zentrum, Freisinn, Polen und Sozialdemokraten gegen diese Streichung! Als dann aber über den Antrag selbst abgestimmt wurde, stimmten sie gleich den Nationalliberalen dagegen, so daß dadurch der Antrag zu Fall gebracht wurde und über die Abstimmung über die Neueinteilung der Wahlkreise verstanden. Die Konservativen hatten diesen Antrag. Erst stimmten sie für die Streichung der vorerwähnten Forderung des Antrages, um den nationalliberalen Reichstägern den Antrag zu verleiern, und dann stimmten sie mit den Nationalliberalen und natürlich auch mit dem Zentrum selbst gegen den Antrag!

Mit frecherem Hohn ist Forderungen einer Volksmehrheit kaum jemals heggnet worden als am 27. Juni des vorigen Jahres. Und derselbe unverschämte Hohn ist auch diesmal zu erwarten! Denn trotz der Thronrede vom Jahre 1908, die eine „organische Fortentwicklung“ des Wahlrechts für „eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“ erklärte, ist es die Wächter der blauschwarzen Reaktion, mit der sich ja auch der preußische Nationalliberalismus immer enger verbindet, auch die Wächter von 1912 noch unter jenem empörenden Wahlsystem stattfinden zu lassen, das sogar ein Bismarck als das elendeste aller Wahlsysteme bezeichnet hat. Wer noch hoffen konnte, daß wenigstens die Regierung das Glöckchen der Thronrede ernst nehmen könnte, als das im preußischen Reichstagesparlament absolutistisch herrschende Junkertum, der wurde vor einigen Wochen bei der Beratung des Ministeriums des Innern durch die Rede

des Polizeiministers von Dallwig eines besseren belehrt, der das Versprechen der Thronrede durch den jammervollen Wahlrechtschmach des Jahres 1910 für „eingelöst“ und die sozialdemokratische Verurteilung auf das Königstort deshalb für völlig deplaciert erklärte!

Eine Verhöhnung, eine Verächtlichmachung Preußens liegt also in der Tat vor! Aber nicht etwa bei der Sozialdemokratie, sondern bei unserer Reaktion, bei der Regierung und den Parteien, die nach preußischer Tradition die Minister als Rationellen betrachten dürfen! Das preußische Volk wird deshalb die lächerliche Verachtungsschmach gebührend zu beantworten wissen. Aber es wäre an der Zeit, daß die fortschrittliche Partei unseres Bürgerturns, unter Freisinn, aus solch lehrreichen Vorgängen etwas lernte! Doch es erweist sich ausgeschlossen, daß unter Freisinn andere Seiten aufzutreten begänne! Aber wie lange noch soll das preußische Volk unter der unerbittlichen Wahlrechtschmach leiden? Daß die Mitglieder des Reichstageswahlrechts gar nicht daran denken, freiwillig abzudanten, und daß auch die Regierung nichts ist, als der Hohlblinder der privilegierten Klasse, die in Preußen herrscht, das ist nun doch wohl zum Hundertsten Male auch dem naivsten Preußen durch den immerwährenden Fortschrittler, sofern er wirklich fortschrittliche Auffassungen vertritt, der Geduldsfaden reißt.

Nur durch einen Volkssturm, der der schämen Enttäuschungsformide der Reichstägern entgegengetzt wird, läßt sich in Preußen ein Fortschritt erzwingen!

Die heldenhafte Rolle, die der Fortschritt bei der plumpen Enttäuschungsformide sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Reichstag gespielt hat und die im Grunde nichts war, als die eines Kulissenführers des Schamundertums, läßt keine Hoffnung auf eine Ermannung des fortschrittlichen Bürgerturns zu!

Je freier sich der Freisinn gebärdet, desto energischer hat das arbeitende Volk, das hellenische Proletariat, seine Anforderungen und Forderungen zum Ausdruck zu bringen! Am Dienstag und Mittwoch finden die proletarischen Demonstrationen statt, in denen die Generalabrechnung mit der Reaktion vorgenommen werden soll. Die arbeitende Klasse wird dabei ihren Mann stehen, einerteil, welche Haltung ein verkümmertes und verängstigtes Fortschritt einnehmen wird!

Das Dreiklassenparlament hat ja freilich eintheilen dem Wahlrechtsheiligen preußischen Volke andere Gattgeschenke zugedacht. So will es den verantwortlichen Redakteur des Vormärts wegen „Wahlbildung“ des erhabenen Reichstagesparlamentes der jagdfreigen Staatsanwaltschaft überliefern. So will es sogar die beiden Mitglieder des Senates, die Abgeordneten Borchardt und Geiner, wegen „Ausfriedensbruchs“ und „Widerstandes gegen die Staatsgewalt“ prozessieren lassen. Die wirklischen Vertreter des preußischen Volkes sollen nach dem Mehrheitswillen des preußischen Unterparlamentes für die ihnen zuteil gewordene unangeheuerliche Vergewaltigung und Brutalisierung damit entschädigt werden, daß die Mehrheit der Privilegierten des Reichstages sich durch die preußischen Gerichte, die natürlich keine Klaffenjustiz haben, auf diverse Wochen oder Monate in Gefängnis steden läßt!

In der Tat, da lohnt sich die Wiederholung der Frage, wer macht Preußen verächtlich?

Am Mittwoch wird das wirkliche Preußen, wird die wertvolle Bevölkerung Preußens in gewaltigen Massenfundgeungen ihren Willen und ihre Meinung zum Ausdruck bringen!

Am kommenden Mittwoch wird das preußische Volk protestieren gegen die Redereien am Volk!

Preußische Redakteur und Wahlrechtsheiligen, zieht am Dienstag und Mittwoch die elenden reaktionären Kammandanten zur Rechenschaft wegen Verächtlichmachung der Nation!

Auf in die Demonstrationsversammlungen!

### Politische Leberfisch.

Die Auslieferung der Volkserreuter beschließen!

Die Geschäftsordnungskommission des preußischen Reichstageshauses hat am Samstag beschlossen, den Anträgen auf strafrechtliche Verfolgung der Genossen Borchardt und Geiner wegen „Ausfriedensbruchs“ und „Widerstandes gegen die Staatsgewalt“, sowie auf Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Borchardt wegen „Wahlbildung“ des Hauses Folge zu geben. Gegen den Antrag stimmte nur der Pole und der Sozialdemokrat. Das Plenum wird sich voraussichtlich Dienstag oder spätestens Mittwoch mit der Frage befassen. Da die Vertreter aller bürgerlichen Parteien in der Kommission für die Auslieferung an den Strafrichter stimmten, ist ein gleicher Beschluß des Plenums selbstverständlich. Die Schande des Dreiklassenhauses ist in der Tat nicht mehr zu übersteifen.

Herr v. Cressa ist mit sich zufrieden. Wie aus dem nunmehr erschienenen fotografischen Bericht über die Sitzung

des Dreiklassenhauses vom letzten Montag herbergeht, hat der Präsident, Freiherr v. Cressa, an der Abstimmung über den Einpruch des Abg. Borchardt gegen seine Ausschließung teilgenommen und die Frage nach der Berechtigung der Ausschließung bejaht. Der Präsident hat sich also damit zum Richter über das eigne Vorgehen für befähigt erklärt, denn die Anrufung des Hauses durch ein ausgeschlossenes Mitglied gegen die Ausschließungsverfügung des Präsidenten kommt natürlich der Berufung gegen ein Urteil an die höhere Instanz gleich.

### Die tolle Dedungsformide.

Die Budgetkommission des Reichstages hat über die Dedung der ungeheuerlichen Kosten der ungeheuerlichen Rüstungsanlagen eine ungeheuerliche Komödie aufgeführt. Die ganze Frage hat man einfach verdröben und ungelöst gelassen. So daß später neue Steuern erforderlich werden, die die betroffenen Massen wieder zu tragen haben. Denn der Budget nach einer „Wahlsteuer“ ist von der Kommission nur so platonisch ausgedrückt worden, daß sicherlich nichts dabei herauskommt. Aus den Verhandlungen sei folgendes berichtet:

Die allgemeine Finanzdebatte benutzte Genosse Süß zum um die Dedung zu fordern, und zwar einmal, um Dedungsmittel zu erhalten, dann aber auch, um vorhandene indirekte Steuern aufzuheben. Die Aufhebung des Branntweincontingents bedeute auch weiter eine Sonderbelastung sowohl des Zinnschwannweins, wie auch des technischen Spiritus. Verlangt wurde ferner, daß die Lebensfähigkeit aus dem Jahre 1911 auch vollständig zur Schuldentilgung verwendet werden, nicht aber als Staatsmittel Verwendung finden.

Die Volksparteier brachten folgenden Antrag ein: „Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes, betr. Veränderung des Erbschaftsteuergesetzes, wie er dem Reichstage bereits am 14. Juni 1909 vom Bundesrat vorgelegt worden ist, so rechtzeitig wieder vorzulegen, daß er mit dem 1. Januar 1918 in Kraft treten kann.“ Dergu wurde noch ausgeführt, die von der Regierung und den Mehrheitsparteien jetzt beliebige Methode, bestimmte Steuern einfach zu „hauen“, um rechnerisch Einnahmen und Ausgaben miteinander in Einklang zu bringen, müsse energig bekämpft werden; schon deshalb, um nicht wieder in die alte Schuldentilgung zu geraten. Der umtriebige Finanzplan der Regierung sei nicht abzulehnen. Schatzsekretär Kuhn befrucht, daß die Neuordnung der Vermögensbesteuerung infolge dauernden Mindertons des Reiches Mehrmaßnahmen nicht bringen werde. Der Konsum werde sich, selbst wenn er momentan zurückgeben sollte, wieder heben. Zu dem Antrag der Volksparteier brachten die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder für den Fall der Annahme folgenden Antrag ein: „In dem Gesetz ist vorzulegen, daß die Höhe der Steuerquoten alljährlich durch den Reichshaushaltsstaat festzulegen ist.“

Die Bestimmungen des Ergänzungsetzes wurden gegen die sozialdemokratischen und volksparteilichen Stimmen angenommen.

Es folgt die Beratung eines von den Nationalliberalen und dem Zentrum gemeinsam gestellten Antrages, der folgenden Wortlaut hat: „Die im Artikel V des Gesetzes, betreffend die Veränderung im Finanzgesetz vom 15. Juni 1909 (Reichs-Gesetzl. S. 743) vorgesehene Ermäßigung der Zucksteuer tritt sechs Monate nach der Einführung eines Gesetzes, welches eine allgemeine, den verschiedenen Verhältnissen gerecht werdende Besteuerung vorsieht, spätestens am 1. Oktober 1918 in Kraft. Ein Gesetzentwurf über eine allgemeine Verringerung des Wertes ist dem Reichstage bis zum 30. April 1918 vorzulegen.“

Abg. Pajermann führte zur Begründung aus, daß der Antrag den Zweck verfolgt, eine Besteuerung vorzubereiten, die innerhalb Jahresfrist zu schaffen sein werde. Welcher Art die zu schaffende Besteuerung sein werde, und welche Schädlichkeit sie im Reichstage haben werde, sei natürlich noch „unermittelt“. Abg. Bischoff begründete die volksparteiliche Resolution, die eine Veränderung des Erbschaftsteuergesetzes fordert. Die allgemeine und unbestimmte Fassung des Antrages der Nationalliberalen und des Zentrums sei nach den Erfahrungen des Jahres 1909 nicht abzulehnen. Damals seien vorgeschlagene Besteuerungen in Verbessehrungen umgewandelt worden. Der Reichstag müsse nun ausprechen, was werden soll. Es bleibe vorläufig nur die Erbschaftsteuer nach dem Willen der Vorlage von 1909. Der sozialdemokratische Antragsentwurf sei bedenklich, weil eine solche Steuer kaum auszuföhren sein werde. — Abg. Redebour gab zu, daß nicht mit bestimmter Sicherheit der Antrag einer Erbschaftsteuer vorausgesetzt sei; aber im allgemeinen könne man auch bei dieser Steuer mit bestimmten Erträgen rechnen. Die Quotierung abbe dem Reichstage die Möglichkeit, fählich auf die Höhe der Einnahmen Einfluß zu erlangen, also kein Budgetrecht zu feigern. — Abg. Süß betonte, das besondere Kennzeichen des Kompromissantrages sei, daß der Antragsteller Pajermann und Cressaberger sind. In der Branntweinsteuerkommission waren es vornehmlich die Nationalliberalen, die mit dem Zentrum zusammen haben, daß den öffentlichen Schmachdenner alle Parteien der Verbessehrungswirtschaft erhalten bleiben. Nachdem dann für den Spiritus zu gewerblichen Zwecken Abänderungen eingetreten sind, stimmten die Nationalliberalen auch für alle anderen Bestimmungen. Das Verfahren in der Branntweinsteuerkommission widerspreche schmerzhaft all den von den Parteien vorher abgegebenen Erklärungen. Das Verhalten der Nationalliberalen sei eine Felonie. Von Abgeordneten der

Eingeleitet in Bezug auf bestimmte Steuerarten könne gar keine Rede sein; allein das Reich habe ein solches Gebot nicht. Der Kommissionsantrag animierte die Regierung dazu, ein Gesetz von Steuern vorzuschlagen, während A. die Erblichkeitssteuer ohne Kompensation geändert werden kann. Wenn die Sozialdemokraten ihren vollen parlamentarischen Antrag stellten, so nur unter Vorbehalt der Annäherung. — Abg. Westarp: Die Erblichkeitssteuer sei unannehmbar; dieselbe dagegen die Vermögenssteuer. — Abg. Wassefmann glaubt nicht, daß bei den jetzigen Verhältnissen im Reichstage die Erblichkeitssteuer durchzuführen sein wird. Dem entgegenziehe Genosse Ledebour, eine Mehrheit sei vorhanden, sobald die Nationalliberalen dafür eintreten. Wenn Wassefmann jetzt solche Bedenken habe, so sei das ein Beweis dafür, daß Wassefmann seine Gefügigkeit in der Frage der Erblichkeitssteuer nicht sich ertröbe, obwohl er ihnen den Vorbehalt der Erblichkeitssteuer. Abg. Wassefmann erwiderte, für die Erblichkeitssteuer seien die Nationalliberalen, in erster Linie aber für eine Vermögenssteuer.

Hierzu ist zu bemerken, daß die Nationalliberalen in erster Linie für die Erblichkeitssteuer sich erklären, wenn eine Vermögenssteuer vorgezogen wird, weil frühere Vorgänge und Erfahrungen mit den Nationalliberalen beweisen.

Die Abstimmung ergab folgenden Resultat: Der erste Satz des Kommissionsantrages wurde gegen acht Stimmen der Sozialdemokraten angenommen; der zweite Satz gegen einige konterentative Stimmen. Das sozialdemokratische Amendement fand ebenfalls Annahme gegen die Stimmen der Konserverativen, des Zentrums und der Nationalliberalen. Der Antrag der Volkspartei fand ebenfalls eine Mehrheit, das sozialdemokratische Amendement dazu wurde jedoch abgelehnt, weil die Volkspartei in diesem Falle dagegen stimmte. — Damit fiel die Arbeit der Budgetkommission beendet. Die Debatte ergab nicht also im Punkte.

### Die Verteidigung des Regierungsfreies.

Der Reichstagler fühlt die Verpflichtung, sich in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung wegen des sündigen Parlamentsabstimmens vom Freitag zu verteidigen. An der Spitze der Sommersabstimmung der Reichstagsler Allgemeinen Zeitung befindet sich folgende offiziöse Erklärung:

In der gestrigen Sitzung des Reichstags hat sich ein Wort ergab, das aus dem gewöhnlichen parlamentarischen Rahmen herausfällt und der, wie sich aus mehreren Zeitungsberichten ergibt, nicht überall richtig dargestellt wird. Wir stellen daher den tatsächlichen Verlauf fest. Der Abg. Scheidemann als erster Redner kam in seinen Ausführungen, die von Anfang an von ungenügender Wendungen streuten und mehrfach vom Präsidenten gerügt wurden, auch auf die Strafbarkeit Äußerungen des Kaisers zu sprechen und gebrauchte in diesem Zusammenhang Schmähsätze gegen den Kaiser zu sprechen, die nicht nur dem Reichstag, sondern auch dem deutschen Volk gegenüber eine unannehme Stellungnahme des Reichstagsler gegenüber dem Kaiser darstellten. Als nächst Redner trat der Abg. Scheidemann als erster Redner kam in seinen Ausführungen, die von Anfang an von ungenügender Wendungen streuten und mehrfach vom Präsidenten gerügt wurden, auch auf die Strafbarkeit Äußerungen des Kaisers zu sprechen und gebrauchte in diesem Zusammenhang Schmähsätze gegen den Kaiser zu sprechen, die nicht nur dem Reichstag, sondern auch dem deutschen Volk gegenüber eine unannehme Stellungnahme des Reichstagsler gegenüber dem Kaiser darstellten.

Der Reichstagler fühlt die Verpflichtung, sich in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung wegen des sündigen Parlamentsabstimmens vom Freitag zu verteidigen. An der Spitze der Sommersabstimmung der Reichstagsler Allgemeinen Zeitung befindet sich folgende offiziöse Erklärung:

aufzugen wegen der sogenannten Schmähsätze Freuens. Freuens kann gar nicht mehr geschätzt werden, als durch die Staatsminister, die in verächtlicher Rücksicht auf die den Reichstagsler Freuens, die die Wahrheit über die traurigen politischen Zustände in dem „führenden Saal“ des Reiches aussprechen, wohl aber Weismann und seine Junkergarde, die eine geeignete Wahlform verbinden, obwohl sie in der Rede verprochen war, die die Verwaltungsbilanz der Volkerei und Landräte verteidigen, auch wenn sie noch so hart jeden Reichstagsler ins Gesicht schlägt, die die spezifisch-preussische Justiz verteidigen, der die deutsche Reichspräsident den Verfall des Reiches verdammt. Das ist die „Entscheidung“ des preussischen Reichstags, die kein parlamentarischer Reichstagsler als Schmähsätze, Schmähsätze, die nicht verteidigt werden können, unverteidigter Reichstagsler kommt wird, vom Reichstagsler und seiner bundesrätlichen Trabantenhaft. Das preussische Volk wird diese Schmähsätze zur gegebenen Zeit zurückweisen verurteilen. Und den Konstanten, die sich heute im Parlament und in der Presse als Wahrer der preussischen Ehre aufwerfen, wird darüber Hören und Sehen verweigert.

### Das Dreiklassenparlament und der letzte Reichstagskonflikt.

Die Reichstagsrede des Genossen Scheidemann vom Freitag ist den preussischen Junkern fast auf die Nerven gefallen. Das beweisen die Vorgänge in der Sonnabend Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Fortsetzung der zweiten Lesung des Weisungsgesetzes; aber schon der erste Redner, Frhr. v. Juchacz, konnte es sich nicht verlagern, das die schmerzliche Gedächtnis gegen den Genossen Scheidemann aufzuführen und das preussische Volk gegen dessen Angriffe in Schutz zu nehmen. — Zur Sache selbst äußerte sich von unserer Seite Genosse W. v. d. L. der, der nochmals die Vorkämpfer der Regierung scharf kritisierte und auch mit dem Abg. Frhr. v. J. gründlich abrechnete. Ebenso wie die Sozialdemokraten, verhielten sich auch die Polen und die Dänen dem Gesandten gegenüber ablehnend, während der Justizminister ihn verteidigte und namentlich nachzuweisen suchte, daß die Vorlage nicht verfassungswidrig sei.

Als nunmehr über den grundlegenden § 1 namentlich abgehandelt werden sollte, stellte sich die Frage, ob die Vorlage in der Form des Reichstagsler, die nicht gegen die Verfassung verstoßen, haben es also nicht einmal der Mühe wert gehalten, die Reise nach Berlin zu machen, um an der Sitzung teilzunehmen.

Der Präsident beantragte eine zweite Sitzung an, auf deren Tagesordnung die Schandbahnvorlage stand. Die Debatte hierüber drehte sich auch wieder um die Rede Scheidemanns und namentlich auch um das Vorgehen der Eisenbahnverwaltung gegen die Grafenladener Maschinenfabrik. Konservativen, Freikonserverativen und Nationalliberalen sollten der Regierung ihre Anerkennung, während für die Sozialdemokraten Genosse Hirsch erklärte, daß hier ein schlimmer Akt von Terrorismus vorliegt, der fast zu verurteilt ist. — Nach Annahme der Schandbahnvorlage verlor sich das Haus. Montag stehen die Wahlrechtsanträge zur Verhandlung.

### Deutsches Reich.

— **Wetmann wird** — „Orakel“. Einer Nachrichtenstelle zufolge soll aus Anlaß der Annahme der Heeres- und Flottenverträge der Reichstagsler W. Wetmann Holweg und auch Großadmiral v. Tirpitz in den Grafenstand „erhoben“ werden. Der Kriegsminister v. Heeringen sowie andere hohe Offiziere und Beamte, die sich um das Zustandekommen der Heeresvorlage besonders verdient gemacht haben, sollen „hohe“ Orden erhalten. Verdingliche Menschen läßt über diese Titel- und Ordensspielereien.

— **Kein Protest gegen die Ordnungsrufe**, weil der Präsident tadler war. Die Genossen Scheidemann und Dr. Lenzen haben, in Heberekenstimmung mit der Fraktion, von der Einbringung einer Resolution gegen die Ordnungsrufe am 17. Reichstagsung vom 17. März erzielten Ordnungsrufe Abstand genommen. Die Ordnungsrufe waren nämlich, weil der Präsident sich der Situation nicht gewachsen zeigte und ein Maß von Direktionslosigkeit bewies, die seinen Ordnungsrufen jede sachliche Bedeutung nahm.

— „Aufreißung zum Klassenhaß“ — es wird immer toller! Aus Berlin wird gemeldet: Nachdem der Reichstagspräsident von Jagem dem Propagandaanspruch von Groß-Berlin, der aus vögelichen Elementen besteht, die fernere Entwicklung des Reiches, das eine Jammertasse mit einem einzelnen Kind auf dem Arm darstellt, zu Propagandazwecken verwendet hat, ist der Staatsanwalt eingekerkert und auf Anklage gegen die verantwortlichen Personen wegen „Aufreißung zum Klassenhaß“ erhoben. Die preussische Justiz feiert Triumphe! Preußen, nicht euer Vaterland!

— **Die Junker sind sich einig**. Der weitere Vorstand der deutschkonservativen Partei tagte am Sonntag im Berliner Dreiflügelbau. Gedächtnisreferat über die gegenwärtige politische Lage. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Der weitere Vorstand der deutschkonservativen Partei spricht der Parteileitung, insbesondere Herrn von Hedebraun den herzlichsten und warmsten Dank für die Führung der Partei in der letzten überaus schwierigen Zeit aus und versichert auch für die Zukunft ihren verehrten Führern das vollste Vertrauen.

— **Das Wiederauflieben der Ostmarkenzulagen**. Bei der zweiten Lesung des Gesetzes ist die Ostmarkenzulage gestrichen worden. Die Hofverwaltung verhandelte nun eifrig mit den bürgerlichen Parteien, und das Resultat ist ein Antrag, der aus der Mitte des Reichstags gestellt wird, in allen gemeinsprachigen Bezirken diese Zulage zu gewähren. Der Antrag ist aber so gefaßt, daß er weiter nichts bedeutet, als lediglich die Zulage in den Ostmarken zu erneuern. Der Antrag sieht nämlich vor, daß diese Zulagen nur in den Bezirken gewährt werden, in denen mindestens 60 Prozent der Bevölkerung sich einer anderen als der deutschen Sprache bedienen. Praktisch läuft dies darauf hinaus, daß außer in der Ostmarken höchstens noch in zwei slobingischen Bezirken diese Zulagen gewährt werden. Die sozialdemokratische Fraktion wird dieses Gaunerspiel nicht mitmachen, sondern beantragen, diese Zulagen allen Volksteilen zu gewähren. Den bürgerlichen Parteien wird damit wieder einmal Gelegenheit geboten, ihre Beamtenfreundschaft zu erweisen.

### Rußland.

— **Wen Räuberhand begnadigt**. Die Freunde und Kreaturen des Jüngerens, die „edle russischen“ Leute und dergleichen zarenfreundlichen Gesindel, dürfen in Rußland die schwersten Verbrechen verüben, ja „Staatsfeinde“ fallen Mutes erorden — sie genießen den Schutz und die Gnade des Zaren unvermindert. Dafür ein neues Beispiel. Der Koffischer Zeitung wird aus Petersburg gemeldet:

Dem ehemaligen Polizeimeister von Krasoi, der zwei Juden ermordete, weil sie eine Anzeige über seine Gefressenheit gemacht hatten, und der wegen dieser Mordtaten vom Gericht zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, ist die Strafe durch Zarencaß in eine dreimonatige Festungshaft umgewandelt worden.

Der Zar hat es also nicht über das Herz zu bringen vermocht, daß einer seiner schmutzigen und blutdürstigen Verbrechen-Kreaturen das Zuchthaus besieht. Er nimmt vielmehr den Räuber liebevoll unter seine allgewaltigen Fittiche und verschafft ihm zur Erholung von seinem Mordhandwerk einige Monate Festungshaft, bei der ja beinahe kein Wein und Weiber eine große Rolle spielen. Die zarische Gnade muß also dem staatsfeindlichen Verbrechen als eine besondere Belohnung für seine Mordtaten erscheinen. So und nicht anders werden auch die übrigen zarischen Bluthunde, Diebe, Erpresser und Mörder den Gnadenakt ihres hohen Schutzpatrons bewahren. — Für zwei ermordete Juden drei Monate lustigen Erholungsurlaub — — Herz, was willst du mehr? —

— **Und kein Mord**, gefürchte dem ein Jude, wird es mehr wagen, die uniformierten Diebe und Erpresser „Räuberhand“ vor das Forum der „Gerechtigkeit“ zu ziehen, denn gewaltiger als das Gesetz ist die Macht des Zaren Nikolaus II. — der ja von Gottes Gnaden ist . . .

## Die Mutter.

Erzählung von August Friedrich Krause.

11.  
Am Abend bestellen Tages noch an den Meisterin bei der Krüme-Wäuerin, die jetzt aus dem Hause im Sohn und die jüngste Tochter geworden, hatte sie eine Unterredung mit dem Paul. Der war wie aus dem Wollen getrieben, als er hörte, welchen Gang die Mutter am Nachmittag für ihn unternehmen.  
„Die Krüme-Wäuerin?“ fragte er und war dabei totentbläht im Gesicht.  
„Is is a gut Mädel“, lobte die Mutter, „und tüchtig is sei. Die wird dich a Hausfrau in Ordnung halten!“  
Und sie erzählte, wie sie auf dem Krüme-Wäuerin alles so klug, sauber und ordentlich gekümmert habe, keinen Pfad auf den Zellen kein Staubchen auf den Wänden. Und alles habe der Anna zu schaffen; die alte Wäuerin könne doch nichts mehr tun, und der jungen, der Frau vom Sohne, läge die Wirtschaft nicht genug auf, daß sie um das Hauswesen sich nicht kümmern könne. Eine schöne Ausstattung bekäme die Anna auch und ein gut Gehalt noch obenhin.  
„Ach betraut noch nicht“, rief der Paul plötzlich hervor, ohne daß die Mutter anzuheben, und die Wäuerin seines Gesichtes wechselte sich mit tiefer Note, die bis in den Nacken hinabstrahlte.

Auch die Mutter wachte, wozu es diente.  
An einem Bierschale, die über ihren Kopf bis zu alleine, da bräutet zu eine Frau, die dir dein bißel Gelumpfe aufzusammeln hilft!  
Erfordern, daß auch sie es wachte, die er abnungslos wachte, sah der Paul auf.  
„Wann?“ fragte er mit zitternder Stimme.  
„Da, wann bin ich nicht mehr!“  
Und sie sah ihn an mit einem stillen, tiefen Blick, der ihm in die Seele drang.  
„Ein wirrendes Schluchzen rief ihm in die Kehle, und sich fiel nach oben übergeben, küßte er die Wäuerin auf die Stirn und trat das Gesicht in den Händen.  
„Ach kann nicht, Mutter!“  
Dampf und gekräftigt wie verhaltene Schreie quollen die Worte zwischen den Fingern hervor und suchten den Weg zum Herzen der Mutter.  
Den fanden sie auch; aber die harte Frau ließ sich nicht merken, nur die Augen wurden dunkler, als wären Tränen darüber gegangen.  
„Warum nicht?“ fragte sie härter als sie wollte.  
Da brach es mit der Kraft der Verzweiflung aus ihm heraus:

„Die Grete will ich!“ schrie er auf und schüttelte wie im Krampf die Fäuste. „Du bist Grete will ich, sonst keine! Und seine Augen glühten im düsteren Feuer eines leidenschaftlichen Schmerzes.“

Der Kranke schwebte und preßte die Lippen fest aufeinander, daß kein unbedachtes, törichtes Wort aus dem weichen Herzen entfließen konnte, und aller Kampf, so unglücklich schmerzte er auch war, spielte sich völlig im verborgenen Innern ihrer Seele ab.  
Das unbewußte Gesicht der Mutter wachte in dem Vorfühen vollends allen Schmerzes auf. Zu ihren Füßen war es ihm niederknien; den Kopf in ihrem Schoß legend, schluchzte er auf in begründetem Weine.  
„Weißt und sag, als schämte sie sich dieses Namens, strich sie dem Sohne über das Haar, und heimlich glühte dabei in ihren Augen ein heißes Leuchten auf, und ihr Mund verlor sich in sanften Fernen. Wieder und wieder ging diese harte Mutterhand über das weiche Haar, und in dieser Berührung, die ihm so unglücklich wohl tat, daß sein Schluchzen zum Weinen wurde und alle Willkür verlor, kramte die große Liebe dieses verflochtenen Mutterherzens in ihm über, beugte sich und milderte seinen Schmerzes.  
In dieser Stunde erzählte sie ihm ihr Leben, was sie gelitten und was sie gekämpft, einsam für ihn, und welche auch von dem, was der Schicksal ihr angetan und warum sie Leidende geworden.“

Es war, als ob sich bei diesem Erzählen zum ersten Male die Herz ganz zu öffnen vermochte; in ihren schlichten, von einer leisen, ruhigen Stimme gebrochenen Worten schwang ein feiner Intonier mit, der dem in tieferer Seele Aufgehüllten einbüchsig machte, wie bitter sie gelitten hätte, als alle Worte sie vermocht hätten.  
„Alle Erinnerungen seiner Jugend lebten bei ihrem Erzählen wieder in ihm auf; Erlebnisse, die er bingenommen und ihn gemacht hatten, bekamen aber nun erst Sinn, und manches lernte er zu deuten, was bisher ihm dunkel geblieben war. Auch von der Mutter selbst bekam er ein anderes Bild, das ihm in einem neuen Glanze; in dem verklärten Schimmer ihrer Liebe strahlte.“

Das alles gab dieser Stunde eine schmerzliche Süßigkeit. Und doch! Als die Mutter ihn bat: „Gelt Paul, du läßt die Grete?“ da wachte neu der Schmerz in ihm auf, und wieder wachte er, die lebenden Augen auf sie gerichtet, nur dies eine: „Ach kann nicht.“  
„Du sagst die Mutter ihm sein eigenes Bild.“  
„Du sagst viel vom Vater“, warnte sie, „in bißel Outläufigkeit und in bißel Leidenschaft. Dich kann einer leicht zu allem bringen, was er will, nur richtig drauf anlegen braucht er's. Der Verabschiedete-Schüler hat's bei deinem Vater gut verstanden, er wird's bei dir auch gut verstehen. Willste werden wie dein

„Aber ich bin ihr doch so rasend gut, Mutter!“  
„Gelt, als hätte ich keinen mehr Ruf nicht gehört.“  
„Du brauchst eine feste Hand, die dich hält, wie ich dich bis jetzt gehalten hab. Deswegen will ich, daß du heiratst, so jung du auch noch bist. Die Grete ist nicht hart genug für dich, ich will nicht Schändliches sagen über sie, belieibe nicht! Aber sie is a Fremde, das sagt ja a jedes im Dorfe, und deswegen paßt ihr nicht zusammen.“  
„s gibt n' Anglist für euch alle beide, wenn ihr euch heiratet!“

„Aber ich bin ihr doch so rasend gut, Mutter, und sie mir auch.“  
„Gelt . . .“ erwiderte die Kranke mit einer unfähigen Willkür. „Gelt wor ich deinem Vater auch, rasend gut! Wie leidt ich mich mehr zu dir die Grete!“  
„Du denste er den Kopf und schwebte.“

Und sie, tröstliche, als müßte sie jedes Wort aus blutendem Herzen losreißen, bekam sie mit einer Stimme, der die Scham einen stillen heißen Klang gab.

„s hat weh getan, und ich hab damals gedacht, ich kann's nicht ertragen; aber ich hab ihn doch fortgeschickt ins Elend. Das is schlimmer wie Sterben! Ach hab gewußt, daß er zugrunde geht, ganz zugrunde geht mit Leib und Seele; aber ich hab's getan . . . für dich!“  
„Sie schwieg erschöpft, und da der Paul nichts mehr zu sagen wußte, war zwischen den beiden schwere Stille. Und wie die Mutter dann wieder zu reden anfing, gab das trodene Weinen, das stille darin zitterte, ihren Worten erschütternden Klang.“

„Und wie denn die Grete kam!“  
„Sag mich nicht, wie sie gekommen! Sag mich nicht, wie sie gekommen! Ach hab sie alle gesehen, vom Anfang bis zum Ende und viele Male, bis ich sie auswendig konnte. Mir wollte's nicht ertragen, aber auch nicht! Wuh er leiden, doch ich, muß ich's auch! Und wie dann seiner mehr kam, wußt ich, mal Antwort schrieb, das war mit noch härterer. Bald umgebracht hat mich die Angst um ihn!“  
Nur daß sie wie zu sich selbst sprach und fast ganz die Gegenwart des Bieres vergaß, war es der Verabschiedeten möglich, von dem zu reden, was ihr im Herzen gebrannt hatte die Jahre über. Ein hartes Aufschließen, schwer und voll Qual, war jedes ihrer Worte.

Und der Sohn ließ die Not der Mutter sich ins Herz troiefen wie brennendes Gold, das die Seele reinigt.  
„Schickte heute ich dich nach Hause, beide Hände dabei auf die Seitenchen des Stuhles stützend, und ihre Worte wurden als bekämme sie sich auf ihr Recht als Mutter, hart und fordernd.“  
„Kannst du da nicht auch 'mal was für mich tun, Paul?“  
„Sie is nicht mehr! Wenn ich jetzt in die Grube fahr, da wird er doch schlacht, der Sumpf, da geht er doch zugrunde an Leib und Seele wie sein Vater!“  
„Die Hände vor das Gesicht schlagend sank sie wieder zurück und schluchzte in sich hinein:  
„Jesus Christus! Alles umsonst geküßt haben!“

(Fortsetzung folgt.)

## Oesterreich-Ungarn.

Die preussische Aufweisungssache wurde im österreichischen Abgeordnetenhaus wieder einmal gebührend an den Pranger gestellt. Das Abgeordnetenhaus verbandelte über den Antrag, für das Auswanderungswesen Fachberichterstattungen zu bestellen, die über die Arbeits- und Lebensverhältnisse in auswärtigen Staaten berichten sollen und für den Schutz der Auswanderer und die Erleichterung der Rückwanderung zu sorgen hätten. Es wird die Befreiung solcher Berichterstattungen für Amerika und die europäischen Staaten in Vorschlag gebracht. Der Sitz dieser Berichterstattungen in Deutschland wäre Berlin und Stuttgart. Im Laufe der Debatte erklärte der Antragsteller, Abgeordneter Graf Barotowski, die Pflicht des Staates sei es, darüber zu wachen, daß die Auswanderer nicht der Ungnade des Schicksals, der Ausnützung und allzu oft auch dem Verderben preisgegeben sind. Die Ausweisungen seien mit dem Völkervertrag und mit dem Bundesverhältnis mit Deutschland nicht vereinbar. Der Redner betonte sich über die Verschärfung der Freizügigkeit der österreichischen Staatsbürger nach den einzelnen deutschen Staaten, insbesondere nach Preußen, ferner über den bisher fruchtlosen Schutz der österreichischen Arbeiter in Deutschland, Abgeordneter Wittl machte sich gegen die Aneignung der galizischen Auswanderer in Preußen, die den Österreichern großen Schaden bringe. Der Einwand, daß die Legitimation falschfälschen Zweck diene, sei nicht stichhaltig. Eine Auswanderungsstatistik sei wohl notwendig, aber dieser Zweck würde am besten durch Errichtung von statistischen Bureaus in den Grenzstationen erzielt werden. Großen Schaden erlitten die galizischen Feldarbeiter dadurch, daß sie Verträge unterschrieben, ohne die Arbeitsverhältnisse an Ort und Stelle zu kennen und ohne die Bewußtheit zu haben, ob sie den Arbeitsbedingungen im Ausland würden nachkommen können.

## Türkei.

Der italienisch-türkische Krieg. Die türkische Garnison auf der Insel Rhodos hat sich den Italienern Kriegsgefangen ergeben. Die Zahl der in die Gefangenschaft des Generals Ameglio geratenen Türken beträgt 2800, unter denen sich 38 Offiziere befinden. Sie zogen zwischen zwei in Reihen aufgestellten Bataillonen, die die Gewehre präsentiert, hindurch und wurden nach Rhodos geführt, von wo sie sofort nach Mailand gebracht werden. Die Kriegsbeute beträgt 4000 Gewehre, zwei Maschinengewehrkartätschen und große Mengen Munition. — Nach einem Telegramm an das türkische Kriegsministerium verloren die Türken in dem letzten Kampfe in Rhodos 152 Tote und 1200 Gefangene. Die türkische Armee nahm den Adressentwurf an. Es heißt darin, das osmanische Volk werde in der Verteidigung der Rechte des Landes verharren. — Den zahlreichen ausgewiesenen Italienern wurde nur eine Frist von 30 Stunden für die Ordnung ihrer Angelegenheiten bewilligt. Wie verlautet, hat die Flotte beschlossen, alle die spanischen Konvois, die italienische Staatsbürger geworden sind, auszuweisen. Dadurch würde der Handel empfindlich geschädigt werden.

## Aus der Partei.

Die Unterstützungsbewegung der in der Arbeiterbewegung Tätigen

hielt am Freitag und Sonnabend eine Generalversammlung ab. Dieselbe war notwendig geworden zur Prüfung der Frage, inwieweit die Unterstützungsbewegung den Bestimmungen der neu geschaffenen Reichsverordnung für Privatangehörige anzupassen sei. Es wurde beschlossen, den Charakter der Unterstützungsbewegung nicht zu ändern. In Anlehnung an die Anstellungsbedingungen des Vereins Arbeiterpresse, die für den überwiegenden Teil der Partei- und Gewerkschaftsangehörigen Geltung haben, wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Verlage, Gewerkschaften usw. die den Angehörigen aus der neuen Versicherung erschwärende Belastung auf sich nehmen.

## Personalen der Parteipresse.

Die Danziger Volkswacht teilt mit, daß Genosse Crispin nach Stuttgart überredet, um die politische Redaktion der Schwäbischen Tagwacht zu übernehmen. „In Crispin verliert die wehrpreussische Parteibewegung,“ so bemerkt das Danziger Parteiblatt, „einen ihrer fähigsten Köpfe. Was in den letzten sechs Jahren in unserer Bewegung geschaffen wurde, ist zum großen Teile Crispins Werk. Wir brauchen da nur an die Gründung der Volkswacht erinnern, um die Bedeutung Crispins hervorzuheben. Besonders schwer wird auch der Wahlkreis Ebing-Marienburg getroffen, dessen Reichstagsmandat Crispin zehn Jahre lang gewesen ist. Zehn Jahre Arbeit, die ihn im Schneefium und im Sonnenbrand hinaus auf die Höhen der Hoffüste, hin nach den Dörfern der Weichselniederung und des Draufens führte! Opferwilliger hat nie ein Kandidat um das Mandat gemorren, und wenn unzeren Genossen nicht belästigen war, den Sieg zu erringen, so hinterließ er seinem Nachfolger doch ein gut beedertes Feld voll fruchtbarer pflanzender Samen.“

Ein sozialdemokratischer Redakteur kann keine Parteinteressen vertreten.

Das Landgericht Meiningen verurteilte den Redakteur Genossen Joen vom Saalfelder Volksblatt zu einer Gefängnisstrafe von drei Wochen, weil er in einer Post den Malzfabrikanten Wroffen in Weiskirchen, der in einer Wählerversammlung die sozialdemokratische Partei angegriffen hatte, beleidigt haben soll. In der hiergegen an das Oberlandesgericht Jena eingeleiteten Verurteilung verlangte der Angeklagte die Freisprechung, da er als Redakteur eines Parteiblattes zweifellos das Recht und die Pflicht habe, gegen die sozialdemokratische Partei gerichtete Angriffe zurückzuweisen und daß deshalb § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) in Frage komme. Das Oberlandesgericht verwarf jedoch die Verurteilung mit folgender schlüssigen Begründung des § 193: „Mit Recht findet das Gericht im Anschluß an die Beschreibung des Reichsgerichts, daß sich der Angeklagte auf ein berechtigtes Interesse nicht berufen kann. Er kann nur behaupten, daß der Privatkläger die sozialdemokratische Partei angegriffen habe, nicht auch, daß sich sein Angriff aus gerade gegen ihn als An-

griff dieser Partei persönlich gerichtet habe. Dann hätte er aber sein eigenes Interesse und das Interesse der sozialdemokratischen Partei zu schützen war er nicht berechtigt. Er ist als sozialdemokratischer Zeitungsredakteur nicht Vertreter dieser und als persönlich übergegangener Anhänger dieser Partei er diese zwar gegen andere in Schutz nehmen, aber nicht in der Weise, daß er durch diese andere beleidigt.“

In diesem Urteil wird also der von verschiedenden Gerichten ausgesprochene Grundsatz, daß ein Redakteur in erster Linie berufen ist, die Interessen seiner Partei zu wahren, einfach aufgehoben. Interessant wäre nun, zu erfahren, wer denn eigentlich die Interessen der Partei wahren kann, wenn es der Redakteur nicht tun soll!

## Der russische Massenstreik.

Das Licht vom Himmel läßt sich nicht verpennen. Noch laßt der Sonnenaufgang sich verbängen Mit Wuppurnänteln oder dunklen Mänteln.

U. e. n. u.

Nach der gemaltigen Protestbewegung der russischen Arbeiterklasse gegen die Arbeiter in Genua und in Venagoldberg werten — eine noch gewaltigere Mäseier. Nach dem spontanen Auffommen des Solidaritätsgedächtnis der gedemütigten Arbeiterklasse — eine bewußte, revolutionäre Demonstration gegen alle Formen des Absolutismus und Kapitalismus. Mit Millionenritten fürwärt die Bewegung vorwärts. Wo agieren noch die Kirchhofsruhe der Reaktion geherrsch, flattern heute die roten Banner der Revolution.

Ein scheinbar geringer Anlauf war es, der das Petersburger Proletariat vor dem Aufkommen des Jahres 1906 in den Ausstand und dann auf die Straße trieb. Unverhältnismäßig klein erschien nach den ungläubigen Dingenordern der letzten sechs Jahre die Zahl der Opfer bei dem letzten Arbeitermassaker an der Vena. Aber die Logik der politischen Lage und des revolutionären Impetus des Proletariats führte mit unerklärlicher Notwendigkeit dahin, daß die letzten Ereignisse die Welle eines Punkens in einem Volke schloß. Schon während des letzten Halbjahres zeigte es sich, daß die russische Arbeiterklasse ihre politische Teilnahmsfähigkeit aufzuheben begann und zu neuen Kämpfen riefte. Die fortschreitende industrielle Prosperität lieferte die Grundlage für den Aufschwung des wirtschaftlichen und politischen Kampfes der Arbeiterklasse. Die Avantgarde der in den offenen Arbeiterorganisationen und geheimen Parteizirkeln gesuchten Proletariat gab die Führer für die einsetzende Bewegung. Juretschew und unentfesselter, gleichsam nach dem richtigen Zuge tanzend, legte zuerst auf die Anregung einzelner sozialdemokratischer Gruppen im vorigen Jahre die Petitionskampagne der Arbeiter ein, um bald darauf, ihren revolutionären Kern immer mehr in den Vordergrund rühend, den ganzen Komplex der politischen Forderungen zu umfassen und breite Schichten der Arbeiterheit mit sich fortzuführen. Die sozialdemokratische Demonstration wurde zum Mittelpunkt, um den sich das Klassenbewußtsein der nach Freiheit strebenden Proletariat sammelte. Aus allen Enden des Reiches bestürmte man die sozialdemokratische Fraktion mit Protesten, Petitionen, Forderungen; und die rückständigen Schichten der arbeitenden Klassen (wie z. B. die Handelsangehörigen) wandten sich an die Sozialdemokraten, als die einzigen Vertreter des arbeitenden Volkes. In denselben Richtung wirkten natürlich auch die lokalen Arbeiterorganisationen, die ungeduldet der härtesten Verfolgungen immer noch erfinden, die legale Arbeiterpresse, die in den letzten Monaten einen erfreulichen Aufschwung nahm, und endlich die geheimen Gruppen und Organisationen unserer Partei, die eine rege Tätigkeit zu entfalten begannen. Das empfindliche Massaker in den Venagoldbergen mußte angeht die geschichtlichen Auffassungen der Arbeiterbewegung wie ein Signal zur Sammlung, wie ein Ruf zur Mobilisation der Massen wurden. Der Proteststreich der Arbeiter drach nicht mit einem Paß aus. Er begann in den Städten, in denen eine mehr oder minder planmäßige selbstbestimmte Agitation betrieben wird. In dem Augenblicke aber, wo der Reichsminister seine unglücklichen Proben von der Dummatribüne den Arbeitern ins Gesicht schmeißt, brach der Proteststreich aus in Petersburg, Moskau und anderen Städten aus, um sich dann einer Kavine gleich über das ganze Reich zu ergießen.

Die Regierung und die herrschenden Klassen dachten sich zunächst vor dieser spontanen Protestbewegung der Arbeiter. Ihr böses Gewissen zwang sie, von allzu traffen Unterdrückungsmassnahmen Abstand zu nehmen. Der schlaue Judds Menschikow erklärte sogar in der Womwie Wremja, man dürfe gegen derartige spontane Protestbewegungen, die an sich berechtigt seien, nicht einschreiten, solange sie nicht die gesellschaftliche Ordnung bedrohten. Zudem hofften die Herrschenden, daß diese Bewegung schnell verpuffen und im Sande verlaufen werde. Diesen Hoffnungen der Reaktion haben die Arbeiter am russischen 1. (13.) Mai ein sündliches Ende bereitet. In Petersburg, Moskau, Odessa usw. traten fast alle Arbeiter in den Ausstand. In Petersburg demonstrieren die Massen fast den ganzen Tag auf den Straßen. Seit 1906 hat die russische Dampfstraßenbahn keine gemaltige Mäseier gesehen. Es war in vollem Sinne ein revolutionärer Tag, an welchem das Petersburger Proletariat seine sozialistische Glaubensbekenntnis vor den Herrschenden ablegte und neben den Forderungen, für die das Proletariat der ganzen Welt am 1. Mai demonstriert, die Forderung der Niederwerfung des Absolutismus auf sein Banner schrieb.

Das Ministerblatt Moskwa schrieb am Tage nach der Mäseier in Petersburg, in Rußland gebe es bloß vier Millionen Arbeiter und deshalb sei die Feier des 1. Mai nichts weiter als eine „unfinnige Grimasse“. Sinter dieser frechen Bemerkung sucht das Preßtribunal der Regierung vergebens seine Furcht vor den nahenden Ereignissen zu verbergen. Die „vier Millionen“ russischer Arbeiter haben schon einmal das Gewände des Partismus ins Schwanken gebracht, und sie werden nicht ruhen und nicht rasten, bis sie diesen Schandfleck der Kultur vom Erdboden vertilgen und freie Bahn schaffen für den Klassenkampf des Proletariats.

## Gewerkschaftliches.

Die Lohnbewegung der Brauerei- und Brennerarbeiten in Stettin

ist jetzt durch Vertragsabschluss beendet. Der Vertrag erstreckt sich über 18 Betriebe mit über 600 beschäftigten Personen; die bisher mit den einzelnen Betrieben abgeschlossenen Verträge sind jetzt im Ortsrat vereinigt, der am 1. Juli 1912 in Kraft tritt, auch für diejenigen Betriebe, deren Tarif erst zu einem späteren Termin abläuft. Sogenannt erhalten die Arbeiter der Betriebe, deren Tarif schon abgelaufen ist, oder die vor dem 1. Juli 1912 ablaufen, die im Tarif vorgezeichnete Lohnserhöhung nachgezahlt.

Der Vertrag sieht vor an Arbeitszeitverlängerung eine halbe Stunde pro Tag in den Brauereien für das Sommerhalbjahr, in den Brennerereien für das ganze Jahr. Die Anfangslöhne erhöhen sich um durchschnittlich 2 M. pro Woche, die Zuschläge bis zu 4.50 M. Außerdem wurden für das Fahrpersonal noch verschiedene wesentliche Verbesserungen erreicht.

Die Arbeiter in den Brauereien und Brennerereien in Stettin, die in ihrer großen Mehrzahl erst verhältnismäßig spät für die Organisation zu gewinnen waren, haben in der Zeit ihrer Organisationszugehörigkeit ganz außerordentliche Erfolge erzielt. Sie danken das ihrem guten Zusammenhalt in der Organisation.

## Meldungen über Gewerkschaftskämpfe.

Der Rheinischer Streik hat jetzt auch auf andere Arbeitergruppen übergegriffen. Die Partikularstädter haben sich dieser Tage den Streikenden angeschlossen. Eine Konferenz der in den einzelnen Streikorten von Strachburg bis Rotterdam tätigen Streikteilenden beschloß ferner, an die Zentralverbände den Antrag zu stellen, die in den Städten tätigen Magaziniere, Kranführer, Hafenarbeiter usw. anzuschließen, jegliche Streikarbeit zu verweigern, und daß ferner diese Arbeiterkategorien in den Städten, wo sie nicht tariflich gebunden sind, sofort die Arbeit niederlegen haben. — Durch die Ausübung dieser Beschläge würde die Zahl der am Kampf Beteiligten sich von 3500 auf 5000 erhöhen.

Die Militärdienstleistungen der Firma Herrmann, Erfurt und Marx-Offenbach a. M. haben die Arbeit eingestellt, weil die Unternehmer den Seimarbeitern niedrigere Löhne zahlen wollten, als den in Westfalen Beschäftigten. Erhaltenen Firma verneint die für die Militärbehörden bestimmte Lieferungen, gegen sonst in dieser Branche üblichen Gewohnheiten, ohne den Firmenstempel aufzubringen, an Seimarbeiter und Kleinmeister weiterzugeben. Am Streikarbeit zu vermeiden, haben die Staffler allerorts die Pflicht, ungetempelte Militärarbeit zu beanstanden und der Tarifkommission Mitteilung davon zu machen. — In Würzburg dauert der Militärdienststreik wegen Nichtanerkennung des Berliner Tarifs unverändert fort. Ehendort sind die Treibriemenarbeiter der Firma Richard Weder in den Ausstand getreten.

Die Arbeiter- und Preisengehörigen der Unterwiesener (Leche, Bremerhaven, Geestmünde, Walsbühl) haben beschlossen, eine Lohnbewegung einzuleiten. Zugleich fernzuführen.

Verantwortlich für Zeitartikel, Politische Ueberficht, Nachrichten Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bod, Lokales Wilhelm Soenen, Provinzielles Gottl. Kasparek, famit. in Halle.

## Aus dem Geschäftsvorkehr.

Spargeluppe. Hierzu verwendet man dünne unmanfehlische Stängel, die man puzt, von allen harten Teilen befreit, in 2 Zentimeter lange Stücke schneidet und in ungekühltem Wasser weicht laßt. Während des Kochens gibt man je nach der Menge einen oder einige Maggi's Bouillonwürfel hinein (pro 1 Liter Suppe 1 Würfel), vermischt die Suppe mit einer kleinen Schüsselweise, kocht sie beim Anrichten mit Maggi's Würze, etwas Pfeffer und natürlich nach nach Salz ab, freit jede Petterille darauf und legt getrocknete Weizenbröselchen ein.

Ein Kind, das bei seiner Milcherzählung häufig an Verdauungsstörungen leidet, verträgt diese Mählung besser mit einem Sulan von „Kufeke“. Dieses albenährige Mählmittel läßt die Milch in den Verdauungsorganen feiner gerinnen, macht sie dadurch leichter verdaulich und erbrüt außerdem noch ihren Gehalt an Nährstoffen.

Fein und doch billig sind die Jasmatzki-Qualitäten



„Unsere Marine“  
2 Pfg.-Cigarette  
Reiner, echter oriental. Tabak.

MAGGI'S Bouillon-Würfel 20 Pfg.

Nur mit kochendem Wasser übergossen, geben sie augenblicklich delikate Fleischbrühe zu Suppen, Gemüsen, Saucen und Trinkbouillon.

Man verlange stets ausdrücklich MAGGI'S Bouillon-Würfel und weise andere Marken zurück!

MAGGI'S gute, sparsame Küche!

# 3 große Schürzen-Tage!

Bedeutende Posten Schürzen aller Art sind im 1. Stock auf Extra-Tischen übersichtlich ausgestellt.

Dienstag == Mittwoch == Donnerstag.

Unsere Schürzen-Tage sind in den weitesten Kreisen der Bevölkerung als die günstigste Kaufgelegenheit bekannt

**Tändelschürzen** farbig, in vielen Mustern . . . .  
**Zierschürzen** mit Träger, hübsch garniert . . . .  
**Hauschürzen** bunt, mit Volant . . . . .  
**Kinderschürzen** verschied. Größen und Stoffarten . . . .

durchweg  
Stück  
**65** Pf.

**Blusenschürzen** hochmodern, in gestreiften Stoffen . . . .  
**Empireschürzen** braun getupft und türkische Fantasiestoffe . . . . .  
**Hauschürzen** extraweit, mit Volant und Tasche . . . .  
**Mieder- u. Trägerschürzen** gestreift, guter Sitz . . . .  
**Tändelschürzen** mit Träger, in verschied. Mustern . . . .  
**Elegante Trägerschürzen** Ausführung aus uni und türkischen Satinstoffen . . . .  
**Weisse Kinderschürzen** in Batist u. reicher Stickerei . . . .

durchweg  
Stück  
**95** Pf.

**Blusenschürzen** aus gestreiften Stoffen, waschechter Besatz, apart garniert . . . . .  
**Wiederschürzen** aus gestreiften u. karierten Stoffen . . . .  
**Hauschürzen** ohne Latz, Indigo gepunkt, extra weit . . . .  
**Weisse Teeschürzen** neue Formen, mit reich. Stick. . . . .  
**Weisse Servierschürzen** mit Träger und guter Stick. . . .  
**Grosse Mädchen-Schürzen** aus pa. waschechten Stoffen, hübsch garn. . . .  
**Kinder-Reformschürzen** apart garn., Größe 60-80 . . . .

durchweg  
Stück  
**1.25**

Ein Posten **Tändel-Schürzen**  
aus besten Satinstoffen . . . . **48** Pf.

Ein Posten **Blusen-Schürzen**  
aus Satin und gestreiften Stoffen . . . . **145**

Ein Posten **Empire-Schürzen**  
sehr elegante Fassons, vorzügliche Verarbeitung . . . . . **225**

Ein Posten **Zier-Schürzen**  
helle Dessins, mit reichen Einätzen und Spitze . . . . . **195**

Ein Posten **Modell-Schürzen**  
hochapart, in vielen Ausführungen und Stoffarten . . . . . **375**

Ein Posten **Spielhöschen u. Russenkittel**  
in allen Größen und Ausführungen . . . . . **85** Pf.

**Haus-Schürzen** aus doppelseitigen bedruckten Stoffen  
**Kleider-Reform-Schürzen** aus hellen und dunklen Stoffen . . . . .  
**Mieder-Schürzen** elegante Ausführung, vorzüglicher Sitz . . . . .  
**Empire-Schürzen** aus gestreiften u. türkisch. Stoffen, schick garniert . . . . .  
**Blusen-Schürzen** uni u. gestreifte Stoffe u. garniert  
**Fasson-Schürzen** einfarbig und gestreift . . . . .

durchweg  
Stück  
**1.75**

**Kleider-Fasson-Schürzen** mit Bändern aus getupften und gestreiften Stoffen . . . .  
**Weisse Servier-Blusen-Schürzen** aus gut. Hemden-tuch . . . . .  
**Prinzess-Schürzen** aus blaugetupften Stoffen . . . .  
**Eleg. Blusen-Schürzen** in modernen Verarbeitungen  
**Empire- und Mieder-Schürzen** verschiedene Stoffe und Garnierungen

durchweg  
Stück  
**1.95**

**Kleider-Empireschürzen** mit Bändern, in gestreift und uni Stoffen, mit Besatz  
**Klimoschürzen** aus türkisch und uni Stoffen, extra weit geschnitten . . . . .  
**Blusen-Mieder-Schürzen** in uni und türkisch Mustern, hochlegant . . . . .  
**Eleg. weisse Servierschürzen** Reform und Mieder, nur la. Stickerei . . . . .  
**Prinzess-Reform-Schürzen** in modernen Satinstoffen . . . . .

durchweg  
Stück  
**2.45**

Beachten Sie bitte die Schürzen-Dekorationen in den neuen Schaufenstern nebenan.

# LEOPOLD NUSSBAUM

Sämtliche Parteischriften empfiehlt die Goldschmiedgewerkschaft.

In grossen Dosen à 30 Pf. **Globin** bester Schuhputz

Tafelweil zu haben.

**Möbel!**  
 Kleiderkreiere 28 Stk., Bettiko 36 Stk., Schreibrich mit Aufsatz 36 Stk., hohe Bettstelle m. Matr. 38 Stk., Büchschloß gr. Ausmaß, selbst kompl. graue Kläden von 55-100 Stk., Ziermehl-Spiegel, Tische, Stühle verkauft  
**Karl Bieler, Albrechtstraße 39.**

**Hängematten,**  
 für jedes Körpergewicht passend.  
**C. F. Ritter, Leipsigerstr. 90, Rabatmarken.**

**Abbruch!**  
 Bräderstr. 13 (Hof)  
 300 Meter Bohlen, Fenster, Türen, Oberlichtglas, Bretter, Latten, Balken, Sparren, Rahmen.  
**Brennholz**  
 in Fässern und Körben u. vieles mehr billig zu verkaufen.  
**G. Lindner.**

**Ansichts-Postkarten**  
 empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Neue **Russbücher**  
**Sommer 1912.**  
 Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung Halle a. S. Platz 42/43.

**Blumenkästen,**  
 weiss oder grün lackiert, in allen Längen  
**C. F. Ritter, Leipsigerstr. 90, Rabatmarken.**

**Eisbonbon**  
 mit verschiedenem Geschmack empfiehlt  
**Rob. Schirmer,**  
 ob. Leipsigerstr. 71, Roter Turm (Roland-Ecke), Mansfelderstraße 43.

## Allgemeiner Konsum-Verein, Halle und Umgegend.

Zum bevorstehenden **Pfingstfeste** empfehlen wir den Mitgliedern die Erzeugnisse unserer Dampfbäckerei:

<b>Streuzeckfuchen</b> Stück <b>2.70</b> Mt.	<b>Mohnfuchen</b> Stück <b>3.90</b> Mt.
<b>Mandelfuchen</b> Stück <b>2.70</b> Mt.	<b>Mazkfuchen</b> Stück <b>3.90</b> Mt.
<b>Speckfuchen</b> Stück <b>3.30</b> Mt.	<b>Bienenstich</b> Stück <b>3.30</b> Mt.

**Topffuchen** abgeriebenen und in Gefenreich — in allen Preislagen.

**Torten:** Rosttorte **2.40** Mt., Sandtorte **3-4** Mt., Torten mit Cremefüllung **2.40** Mt.

Bestellungen hierauf erbitten wir möglichst umgehend in unseren Verkaufsstellen aufzugeben.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Schirmer. — Druck der Halle'sch. Genossenschafts-Druckerei (G. M. u. S.). — Verleger: born. Aug. Grosse, Joh. Jähnic. — Samml. i. Halle a. S.









Dienstag den 21. Mai abends 6 1/2 Uhr  
nach **Beendigung der Arbeitszeit**  
im **Volkspark, Burgstrasse 27:**

## Öffentl. Demonstrations-Versammlungen

Tagesordnung:

### Wider Dreiklassenschmach, Vergewaltigung der Arbeiter- Abgeordneten und kaiserliche Staatsstreich-Drohungen.

Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Fritz Kunert.

Die Anhänger aller Parteien sind hiermit eingeladen.

### Arbeiter, erscheint in Massen, erhebt wuchtigen Protest gegen die Dreiklassenherrschaft.

### Noch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht!

Sozialdemokratischer Verein für Halle und Saalkreis.

### Aus der Provinz.

**Wahlloste aus einem Wandfelder Wahlloste.**

Am Wahlloste zu Wiesdorf, dem Junferste des derzeitigen Herrenhaus-Präsidenten von Wedel, hatten sich am Wahlloste mehrere Genossen eingefunden, um der Wahl beizuwohnen resp. das Wahlergebnis abzuwarten. Der Inspektor Pöde legte beim Ausgange des Saales aus and, so daß die Möglichkeit vorhanden war, jeden Wähler nach seiner Stimmbilgung kontrollieren zu können. Der Genosse Wedel protestierte entschieden gegen ein solches, die geheime Wahl gefährdendes Verfahren und Genosse Hoffmann machte den Versuch, die aufgeschickten Kewerts umgzufliehen. Der Inspektor war aber schneller und klemmte sie unter den Arm. Durch diese „Prevelat“ sollen beide Genossen gegen das Strafgesetz verstoßen haben, was natürlich geahndet werden mußte. Sieben andere aus Welken stammende Arbeiter, die sich ebenfalls um die gleiche Zeit in Wahlloste aufhielten, sollen die beiden Preveler durch ihre Anwesenheit unterstützt haben.

Alle neun Franken deshalb hierich von dem Schöffengericht zu Kisleben, angefaßt des großen Unfalls und des Saales-friedensbruchs. Sie bekräftigen sämtlich, in irgend einer Weise gegen das Strafgesetz verstoßen zu haben, auch sei es nicht zünftig, daß sie sich bedrohen hätten, nach Wiesdorf zu gehen. Von Hausfriedensbruch könne schon deshalb keine Rede sein, weil sie der Wahlvorstand nicht zum Verlassen des Lokals aufgefordert hätte. Ueberdies sei das Wahlloste ein öffentlicher Ort, in dem sich jeder Wahlberechtigte ungehindert solange aufhalten dürfe, als Platz vorhanden sei. Dem Richter isten es deshalb auch bedenklich, auf Grund dieses dürftigen Belegungsmaterials zu einer Verurteilung zu schreiben und hielt es für angebracht, jedenfalls um eine Haupt- und Staatsaktion aus dem Vorgang zu machen, gar von einem Beschorfer „Wahlloste“ zu sprechen. Eine Einberufung, die nicht einmal des Wandfelder Kreisverbandesblatte gemacht hat. Der als Hauptbelegungszeuge aufzutretende Inspektor Haber bleibt den als „Wahlurne“ dienenden Wackstafeln „zu den Akten“. Die Möglichkeit, daß die Wahlloste übereinander zu legen können, war nicht nur nicht ausgeschlossen, sondern ziemlich wahrscheinlich, wenn man bedenkt, daß dieses Wackstafeln nicht viel größer war als die Wahlloste selbst. Ginzg kommt noch, daß der Einwurf sich an der Seite befand, welcher Umstand das Durcheinanderfallen des Saales strotzlich erschwert haben mag. Inbezug auf das es daher festzuhalten, daß jemand, der in Verbindung dieser Umstände zur Wahlloste greift, und durch das Durcheinandererschütten die Geheimhaltung der Wahl unter allen Umständen sichern will, vor dem Strafgericht zittert werden kann.

Dem als Amtsanwalt fungierenden Bürgermeister war das jedoch noch nicht genug, er sah in der Handlungsweise der Ge-

nossen ein weit schlimmeres Vergehen, nämlich die Annahme eines öffentlichen Amtes. Da für dieses schwere Vergehen das Wackstafel-Schöffengericht nicht zuständig ist, beschloß das Gericht auf Antrag des Anwalts Ueberweisung an die Strafkammer zu Halle. — Das Durchschlüßeln von Wahlloste soll also als Annahme eines öffentlichen Amtes gelten. Wir sind neugierig, ob die fünf Berufsrichter dem Amtsanwalt zu Willen sein werden.

**Merseburg. Aktion, Ortskrankenlaffen-Geneseraleversammlungs-Vorleiter.** Dienstag, abends 10 Uhr, findet die Generalversammlung im Lokal Gute Quelle, Saalstraße, stat. Es ist notwendig, daß jeder Ortsvereinsammlungsvertreter pünktlich erscheint, da eine sehr wichtige Tagesordnung zu erledigen ist.

— Ein Einmieterdieb hat hier eine Familie schwer hineingelagt. Vergangene Woche kam zu einer hiesigen Familie ein feingekleideter Herr und gab an, ein besser mobliertes Zimmer mieten zu wollen, er sei Wohlaffin und nach hier verlegt worden. Er ließ sich auch von seinem neuen Wirt reichlich und gut bewirten und verließ am nächsten Morgen die Wohnung mit der Angabe, sein Dienst sei ein langer, er komme erst gegen Abend wieder. Als jedoch am Abend der „Herr Wohlaffin“ nicht wiederkam, wurde man misstrauisch und forschte nach, wobei man zu dem traurigen Resultat kam, daß der Gauner eine silberne Uhr mit goldener Kette und Bargeld in Höhe von 80 Mark mitgenommen hatte. Die Uhr hat die Nr. 811615 und mit Goldrand versehen. Die angeleiteten Ermittlungen nach dem Schwindler hatten keinen Erfolg. Darum vernimmt, sich auf der Spur und prüft die nobel auftretenden Herren besonders sorgfältig.

**Schleibitz. Gewerkschaftsartikel.** Der Verband der Arbeiter und Gewerkschaften empfindet die Entnahme eines Anteilsdennes zu Wackstafel zur Errichtung eines eigenen Betriebes für die nicht wieder unterzubringenden Ausgesperrten in Schletlau im Begriffe. Die Sache wird zurückgestellt, bis Auskunft von der Generalkommission eintrifft. Der Arbeitsgerichtsbericht von Wackstafel weist eine Einnahme von 243,29 Mk., eine Ausgabe von 181,57 Mk., mithin einen Uebersehuf von 61,66 Mk. auf. Diese Summe wird dem Bildungsausschuß überwiefen. Die Mitglieder der Kommission fungieren in den einzelnen Gewerkschaften als Berichterstatter. Der Arbeiter rügte die flüchtige Abnahme der Wackstafeln zu 20 Pfennig, für den Umfang der 20 Pfennigmarken muß in den Gewerkschaften mehr Tätigkeit einstellt werden. In die Gewerkschaftskommission werden die Genossen Fiedler, Greiner, Wadhams, Wittig und Böder gewählt. Die Wackstafeln für Delegationen wurden ebenfalls festgelegt, da in dieser Frage sich öfters uneinigkeitliche Meinungen einfinden hatten. Der Brauereiarbeiter-Verband teilt mit, daß Genosse Eiseke als Delegierter für das Kartell befristet ist. Die Transportarbeiter montieren in längeren Ausübungen des Verhaltens der Wackstafeln. Die Wackstafeln ihren Arbeitern und der Hundshof gegenüber. Das Kartell wird sich mit dieser Angelegenheit zu befassen haben. Entschuldigt fehlten: Schwarz,

Bürchner; Wack, Zimmerer. Unentschuldig: Krenn, Zimmerer; Reudental, Geizer.

— Schwere Anschuldigung gegen die Schteubiger Polizei erhob der 64jährige Grafleur Otto Koblebach aus Halle in einem am 6. November v. J. an die Staatsanwaltschaft gerichteten Schreiben. Er war deshalb wegen unrichtlich falscher Anschuldigung angeklagt. Gelegentlich seines Kufenfalls in Schteubitz will er, von der Polizei nicht behandelt worden sein. Er fuhr deshalb am 30. Oktober v. J. nach Schteubitz, um dort bei 6000. Reagen Ermittlungen anzustellen. Auf dem Markt traf er in der Dunkelheit mit einem Wackstafel und einem Polizeibeamten aufeinander. Da sollen, so behauptet er, die Beamten gesagt haben: „Da ist ja der Strund, der Koblebach, was soll der hier.“ Dann soll der Wackstafel zu dem Polizeibeamten gesagt haben: „Bringen Sie den Mann in die Polizeiwache und geben Sie ihm eine Pat., damit er in seinen Sorg pakt.“ Er will dann gebat, gefüllten und nach der Wache geschleppt worden sein, wo er bewußlos geworden sei. Wegen der ihm angefügten Mißhandlungen hätte eine Frau gebarmt: „Ach, der arme alte Mann.“ In dem Schreiben an die Staatsanwaltschaft befinden sich heftige Angriffe auf die Polizei. Es war von Geldhandlungen die Rede. Er sei in jener Nacht behandelt worden, wie ein 20facher Wandbromer. Vor der hiesigen Strafkammer behauptete er, er habe der Staatsanwaltschaft nur Tatsachen mitgeteilt. Was er in der Wache erlebt habe, sei ungläublich. Da der Angeklagte in der Verhandlung ein eigentliches Weiden an den Kack legte — er sprach wiederholt von Weineiden des Polizeibeamten und zog während der Vernehmung eines Polizeibeamten seinen Schuh aus, den er hoch hielt — glaubte man zunächst, er sei nicht verhandlungsfähig. A. behauptete aber, er sei geistig ganz intakt. Der Polizeibeamt Wort wurde zunächst unverständlich vernommen, stellte aber in Abrede, sich bei der Erzählung aus dem Wackstafel irgend eines Heftigkeits schuldig gemacht zu haben. Er sei am betreffenden Abend auf die beiden Beamten zugestommen und habe ihnen vorgeworfen, sie hätten einen Weineid geleistet. Als er sich auf Erklunden nicht entfernte, habe man ihn festgenommen. Er beschwor keine Verhandlungen nachträglich, die auch von dem Wackstafel und des Wackstafel bekräftigt wurden. Der Staatsanwalt stellte anheim, er auf seiner Weitezustand unterlassen zu lassen; er beantragte aber schließlich einen Monat Gefängnis. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis mit der Befristung, daß die falschen Anschuldigungen gegen die Beamten hoch sehr schwer gewesen waren.

**Sangerhausen. Kartellbericht.** Die Wackstafel der Wackstafel schloß ab mit einer Einnahme von 128,50 Mk. und einer Ausgabe von 120,60 Mk., so daß ein Uebersehuf von 2,90 Mark verbleibt. Sodann gab Kollege Gröbel den Bericht von der Augenkontrollen in Halle. Schließlich wurde Kenntnis genommen von einem Schreiben der Gewerkschaft der Bergbauunterhalt Victoria in Wackstafel, und wurde denselben Unterstützung zugesagt. Ein weiteres Schreiben war von Wackstafel in Wackstafel eingegangen, in welchem angefragt wird, Interventionsurteile einzurufen. Hieran schloß sich eine ergo Debatte, wannab beschlossen wurde, daß von jedem Teilnehmer pro Abend 10 Pf. erhoben werden sollen. Buvor soll

